

Wahlforschung

Harald Schoen

Bitte beachten Sie: Es handelt sich um ein Manuskript. Bitte zitieren Sie nur nach der gedruckten Fassung.

1. Einleitung

In so genannten Superwahljahren wird besonders deutlich, dass die Wahlforschung – wie nur wenige andere Zweige der Politikwissenschaft – mit regem öffentlichem Interesse für ihre Erkenntnisse rechnen kann. Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit verdankt diese Teildisziplin der Politischen Soziologie nicht zuletzt der gesellschaftlichen Bedeutung ihres Gegenstandes. Denn Wahlen sind das Instrument, mit dem in repräsentativen Demokratien Herrschaft auf Zeit zugewiesen wird: Bürger wählen Repräsentanten, die anschließend kollektiv verbindliche Entscheidungen treffen, ehe sie sich wieder dem Votum der Bürger stellen müssen. Die Position von Wahlen in der repräsentativen Demokratie weist die Wahlforschung als zentrales Gebiet der Politikwissenschaft mit Bezügen zu anderen Bereichen der Disziplin, etwa der Repräsentations- und der Parteienforschung, aus. Zugleich ist die Wahlforschung ein Teil der Partizipationsforschung, da sie eine spezifische, nämlich weit verbreitete, hochgradig regulierte und vorstrukturierte Form der politischen Teilhabe betrachtet.

Wahlforscher gehen vor allem zwei Bündeln von Fragestellungen nach. Zum einen beschreiben sie Wahlen. Gegenstände der Deskription sind in erster Linie Wahlergebnisse und Wahlverhalten, aber auch Wahlkämpfe und Wahlsysteme finden die Aufmerksamkeit beschreibender Arbeiten. Zum anderen streben Wahlforscher danach, Wahlverhalten zu erklären. Vordringlich bemühen sie sich – darin kommt ihre Orientierung am methodologischen Individualismus zum Ausdruck – um die Erklärung individuellen Wahlverhaltens. Daneben wird – in der Regel darauf aufbauend – versucht, die Gründe für die Aggregatergebnisse von Wahlen zu erhellen. Analysen mit erklärender Zielsetzung spielen in der Forschung eine wichtigere Rolle als deskriptive Arbeiten und sind in der Regel anspruchsvoller, weil sie häufig mit fortgeschrittenen Methoden Hypothesen testen und zur Theorieentwicklung beitragen.

Um Wahlverhalten zu beschreiben und theoretisch fundierte Hypothesen zu prüfen, bedient sich die Wahlforschung unterschiedlicher Daten. Die wichtigste Datengrundlage der Wahlforschung bilden heutzutage Daten aus Bevölkerungsumfragen.¹ Denn solche Daten ermöglichen es, auf der Individualebene Wahlverhalten mit etlichen potentiellen Erklärungsfaktoren in Beziehung zu setzen und deren Wirkung zu prüfen. Eine große Zahl von Umfragedatensätzen wie auch anderen Datensätzen ist bei der GESIS archiviert.² Die Daten können gegen eine geringe Gebühr bezogen werden und bilden

¹ Aggregatdaten spielen vor allem in der Historischen Wahlforschung, etwa bei Analysen zum Aufstieg der NSDAP, eine wichtige Rolle.

² Siehe <http://www.gesis.org/das-institut/wissenschaftliche-arbeitsbereiche/datenarchiv-datenanalyse/>

daher eine hervorragende Grundlage für Sekundäranalysen sowie Replikationen, und damit für kumulative Forschung.

An der Erhebung und Auswertung von Daten sind akademische Wahlforscher und Forscher von kommerziellen Instituten – zu denken ist beispielsweise an die Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap – beteiligt. Die Interessen und Zielsetzungen akademischer und kommerzieller Wahlforscher überschneiden sich, doch sind unterschiedliche Profile erkennbar. Der Schwerpunkt der kommerziellen Wahlforschung liegt – bedingt durch die Interessen ihrer Auftraggeber – darauf, Daten von hoher Qualität zu erheben und Wahlverhalten zu beschreiben. Deutlich wird der deskriptive Schwerpunkt etwa am Wettbewerb kommerzieller Institute, auf der Grundlage von Wählerbefragungen am Wahlabend um 18 Uhr eine möglichst treffsichere Aussage über den Wahlausgang zu formulieren. Im Vergleich dazu liegt das Augenmerk der akademischen Wahlforschung stärker auf der Erklärung von Wahlverhalten.

Diese Arbeitsteilung spiegelt in gewissem Maße die zweifachen Anforderungen wider, die an die Wahlforschung herangetragen werden. Als Teil des Wissenschaftssystems streben Wahlforscher danach, mit Innovationen zu Theorie- und Methodenentwicklung beizutragen. Zugleich spielen Wahlen eine zentrale Rolle in der repräsentativen Demokratie. Daher hat die Öffentlichkeit ein erhebliches Interesse an allgemeinverständlichen Beiträgen zur gesellschaftlichen Selbstbeobachtung und damit auch an Stellungnahmen von eher tagespolitischer Bedeutung. Beide Ansprüche stehen in einem gewissen Spannungsverhältnis zueinander und lassen sich nicht ohne weiteres gleichzeitig erfüllen. Beispielsweise trägt der Einsatz fortgeschrittener Forschungsmethoden dazu bei, dass Analysen jenseits eines vergleichsweise überschaubaren Spezialistenzirkels eher selten zur Kenntnis genommen werden (können).

Vor dem Hintergrund dieser Charakterisierung verfolgt der vorliegende Beitrag das Ziel, einen Überblick über Stand und Entwicklung der Wahlforschung in Deutschland zu geben. Zunächst soll die Etablierung der Wahlforschung heutigen Zuschnitts kurz nachgezeichnet werden. Anschließend werden zentrale Themen und Befunde der Wahlforschung aus den vergangenen drei Jahrzehnten dargestellt, ehe kurz ein Blick auf Offenheit und Integration der deutschen Wahlforschung geworfen wird. Abschließend werden Herausforderungen und Perspektiven der Wahlforschung in Deutschland diskutiert.

2. Zur Etablierung der Wahlforschung in der Bundesrepublik

Bereits die ersten Wahlen in der jungen Bundesrepublik waren Gegenstand von Wahlanalysen. Heutigen Untersuchungen entsprachen diese Arbeiten in ihrer theoretischen und methodischen Ausrichtung jedoch nur bedingt. Die Entwicklung in diese Richtung zeichnete sich erst mit der Kölner Wahlstudie zur Bundestagswahl 1961 ab. Die beteiligten Wissenschaftler rezipierten Theorien, Konzepte und Methoden der

zeitgenössischen amerikanischen Wahlforschung. Auf dieser Grundlage entwickelten sie ein komplexes Erhebungsdesign, das es ermöglichen sollte, die Entwicklung der Wahlentscheidung unter dem Einfluss vielfältiger Wahlkampfkommunikation zu untersuchen. Dazu erhoben sie mit Hilfe von (Wiederholungs-)Befragungen politische Einstellungen und politisches Verhalten und sammelten Informationen über den Wahlkampf.³

Im Rückblick kann diese Untersuchung als Meilenstein in der deutschen Wahlforschung gelten. Er markiert jedoch weniger das Ende als den Beginn intensiver Diskussionen über theoretische und methodische Grundfragen. In methodischer Hinsicht kristallisierte sich recht rasch ein Konsens darüber heraus, dass die Befragung von tausend oder mehr zufällig ausgewählten Wahlberechtigten das angemessene Instrument sei, um Daten für empirische Wahlanalysen zu erhalten. Wesentlich kontroverser wurde über geeignete Theorien und Ansätze zur Erklärung von Wahlverhalten in Deutschland diskutiert. Als besonders prominentes Beispiel kann die Debatte darüber gelten, ob das für amerikanische Präsidentschaftswahlen entwickelte sozialpsychologische Modell zur Analyse von Wahlverhalten in Deutschland sinnvoll eingesetzt werden könne. Diese Frage wurde auf hohem Niveau diskutiert und letztlich weitgehend zustimmend beantwortet.⁴ Neben dem sozialpsychologischen Modell konnten sich das mikrosoziologische Modell, der makrosoziologische Cleavage-Ansatz und der rationalistische Ansatz durchsetzen. Das heißt nicht, dass es nicht die einen oder anderen Vorbehalte gegen einzelne Modelle gäbe oder gar, dass jeder Forscher alle diese Ansätze gleichermaßen anwenden würde; so betrachtet, könnte man eher von der „friedlichen Koexistenz“ verschiedener Ansätze sprechen. In jedem Fall können Forscher, die sich auf einen dieser Ansätze berufen, damit rechnen, in der *scientific community* auf Akzeptanz zu stoßen.

Die Diskussion über methodische und theoretische Grundsatzfragen brachte Maßstäbe hervor, an denen sich Wahlanalysen messen lassen müssen. Nach deren Etablierung ging die Wahlforschung dazu über, akzeptierte Theorien und Methoden auf neue Wahlen anzuwenden und Spezialfragen innerhalb der etablierten Ansätze zu untersuchen, ohne grundlegende Annahmen in Frage zu stellen. Auch wenn es fragwürdig erscheint, Thomas Kuhns Wissenschaftstheorie auf die Sozialwissenschaften anzuwenden, erinnern die skizzierten Entwicklungen an den von ihm beschriebenen Übergang von der revolutionären Phase zur normalen Wissenschaft.⁵ So betrachtet, ging die Wahlforschung zum „Rätsellösen“ über.

³ Vgl. Erwin K. Scheuch/Rudolf Wildenmann (Hrsg.), Zur Soziologie der Wahl, Köln und Opladen 1965, Erwin K. Scheuch, Die Kölner Wahlstudie zur Bundestagswahl 1961, in: Markus Klein/Wolfgang Jagodzinski/Ekkehard Mochmann/Dieter Ohr (Hrsg.), 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland, Wiesbaden 2000, S. 41-58.

⁴ Siehe etwa Jürgen W. Falter, Einmal mehr: Läßt sich das Konzept der Parteiidentifikation auf deutsche Verhältnisse übertragen?, in: Politische Vierteljahresschrift, 18 (1977) 23, S. 476-500.

⁵ Vgl. Thomas Kuhn, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt/Main 1976; Jürgen W. Falter, Die Behavioralismus-Kontroverse in der amerikanischen Politikwissenschaft. Ein Beispiel für die Übertragung von Thomas Kuhns Theorie wissenschaftlicher Revolutionen auf

Unterbrochen wurde das „Rätsellösen“ von Grundsatzkontroversen über das Wahlverhalten in der ehemaligen DDR. Sie drehten sich hauptsächlich um die Frage, ob die in Westdeutschland etablierten Theorien und Erklärungsansätze auf Wahlverhalten in Ostdeutschland angewandt werden könnten. Ernsthafte Zweifel zog der sozialpsychologische Ansatz auf sich, und hier vor allem das zentrale Konzept der Parteiidentifikation. Kritiker wandten ein, wenige Monate nach dem Ende der DDR-Diktatur könnten Ostdeutsche kaum langfristig stabile Bindungen zu neuen oder vorwiegend westdeutschen Parteien entwickelt haben; es könnten allenfalls Pseudo-Parteibindungen vorliegen. Den Zweiflern Kritikern wurde entgegengehalten, Ostdeutsche hätten bereits während der deutschen Teilung unter anderem über den Konsum westdeutscher Fernseh- und Hörfunkprogramme parteiidentifikationsäquivalente Neigungen zu westdeutschen Parteien entwickeln können. In der Zwischenzeit herrscht Konsens darüber, dass das sozialpsychologische Modell mit seinen drei Komponenten sinnvoll in West- und Ostdeutschland eingesetzt werden kann, wenngleich es in den neuen Ländern weniger Parteianhänger gibt und der etablierte Indikator dort größere Messprobleme aufweist als in den alten.⁶ In Bezug auf den Cleavage-Ansatz wurde angezweifelt, ob das langfristige gesellschaftliche Spannungslinien voraussetzende Cleavage-Konzept auf die ostdeutsche Gesellschaft angewandt werden könne, da das DDR-Regime die Aufhebung gesellschaftlicher Interessengegensätze angestrebt hatte. Dieser Einwand führte zu einer angemessen vorsichtigen Nutzung des Konzepts. Dagegen konnte sich die Anregung, neue, DDR-spezifische Konfliktlinien zu berücksichtigen, nicht durchsetzen. Cum grano salis einigte sich die *community* der Wahlforscher somit darauf, die in Westdeutschland etablierten Ansätze und Instrumente auch auf Ostdeutschland anzuwenden.

Hat sich in einer Disziplin ein Basiskonsens über akzeptable Theorien und Methoden herausgebildet, sind Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Wissen kanonisiert und in Lehrbüchern weitergegeben wird. Vor dem Hintergrund der skizzierten Entwicklung kann es kaum erstaunen, dass in der Wahlforschung lange Zeit echte Lehrbücher fehlten. In gewisser Weise als Ersatz diente Diederichs Band über klassische Wahlstudien.⁷ Eine ähnliche Funktion erfüllen die lange Jahre von Kaase und Klingemann herausgegebenen „Blauen Bände“, da sie etliche Untersuchungen enthalten, die als Anschauungsmaterial für gute Wahlforschung dienen können.

sozialwissenschaftliche Entwicklungsvorgänge, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 31 (1979) 1, S. 1-24.

⁶ Vgl. Hans Rattinger, Parteineigungen, Sachfragen- und Kandidatenorientierungen in Ost- und Westdeutschland 1990-1992, in: Hans Rattinger/Oscar W. Gabriel/Wolfgang Jagodzinski (Hrsg.), Wahlen und politische Einstellungen im vereinigten Deutschland, Frankfurt/Main 1994, S. 267-315, Kai Arzheimer/Harald Schoen, Erste Schritte auf kaum erschlossenem Terrain. Zur Stabilität der Parteiidentifikation in Deutschland, in: Politische Vierteljahresschrift, 46 (2005) 4, S. 629-654.

⁷ Nils Diederich, Empirische Wahlforschung, Köln/Opladen 1965.

Genuine Lehrbücher zur Wahlforschung werden erst seit den achtziger Jahren vorgelegt. Den Reigen eröffneten Kaltefleiter und Nißen.⁸ Bürklin legte 1988 den Band „Wählerverhalten und Wertewandel“ vor, der sich durch eine vergleichsweise starke Betonung von Wertorientierungen auszeichnet.⁹ In der zusammen mit Klein verfaßten, 1998 erschienenen zweiten Auflage werden neuere Entwicklungen in der Wahlforschung ergänzend gewürdigt.¹⁰ Ebenfalls 1998 publizierte Roth den Band „Empirische Wahlforschung“, der einen Überblick über Erklärungsansätze und Entwicklungen in der Wahlforschung gibt, sich aber vor allem durch die umfangreichen Erfahrungen des Verfassers in der Praxis der Wahlforschung auszeichnet.¹¹ Stärker als umfassender Überblick über theoretische Ansätze, Methoden und empirische Befunde angelegt ist das von Falter und Schoen herausgegebene „Handbuch Wahlforschung“.¹² Auf neuere Entwicklungen in der empirischen Wahlforschung konzentriert sich schließlich das jüngste Werk auf diesem Gebiet, der Band „Wahl- und Wählerforschung“ von Pappi und Shikano.¹³ Insgesamt liegt damit ein breites Angebot an Lehrbüchern vor, die es Lesern erlauben, sich einen Überblick über die Wahlforschung zu verschaffen.

3. Themen und Befunde der Wahlforschung seit den achtziger Jahren

Nach der Klärung von Grundsatzfragen verlegte sich die Wahlforschung, etwa seit den achtziger Jahren, darauf, mit akzeptierten Theorien und Methoden Wahlverhalten zu untersuchen. Dabei wurden etliche Einzelfragen analysiert, die naturgemäß nicht alle in einem Überblick berücksichtigt werden können. Es lassen sich jedoch wiederkehrende Fragen erkennen, die die Forschung gleichsam leitmotivisch prägen. Als am prominentesten in dieser Hinsicht kann die Frage nach langfristigen und grundlegenden Veränderungen im Wahlverhalten gelten. Sie wurde aus unterschiedlichen theoretischen Perspektiven und mit recht unterschiedlichen Antworten diskutiert.

Aus soziologischer Sicht wurde auf gesellschaftliche Individualisierungsprozesse hingewiesen, die die politische Prägekraft der Position in der Sozialstruktur drastisch gemindert hätten. Seien die Parteien einst „politische Aktionsausschüsse“ sozialer Großgruppen und Wahlen gewissermaßen Zählappelle gewesen, so habe der gesellschaftliche Wandel das Wahlverhalten grundlegend verändert und die Individuen von sozialstrukturell begründeten Bindungen befreit. In diesem Sinne konstatierten

⁸ Werner Kaltefleiter/Peter Nißen, Empirische Wahlforschung. Eine Einführung in Theorie und Technik, Paderborn: Schöningh 1980.

⁹ Wilhelm P. Bürklin, Wählerverhalten und Wertewandel, Opladen 1988.

¹⁰ Wilhelm P. Bürklin/Markus Klein, Wahlen und Wählerverhalten, Opladen 1998.

¹¹ Dieter Roth, Empirische Wahlforschung. Theorien, Instrumente und Methoden, Opladen 1998 [2. Auflage Wiesbaden 2008].

¹² Jürgen W. Falter/Harald Schoen (Hrsg.), Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden 2005.

¹³ Franz Urban Pappi/Susumu Shikano, Wahl- und Wählerforschung, Baden-Baden 2007.

Schnell und Kohler in einer Längsschnittanalyse von 1949 bis 1990 für die Bundesrepublik einen Niedergang sozialstruktureller Bestimmungsgründe des Wahlverhaltens.¹⁴

Diese Diagnose blieb nicht unwidersprochen. Es wurden methodische Unzulänglichkeiten moniert.¹⁵ Zudem wurde eingewandt, die Autoren hätten neue sozialstrukturell bedingte Wahlverhaltensmuster übersehen. So konnte gezeigt werden, dass die Wählerschaft der Grünen vorwiegend in Berufen beschäftigt ist, die Kontakt mit vielen Menschen mit sich bringen.¹⁶ Es wurde auch argumentiert, die politische Prägekraft der Sozialstruktur sei seit jeher weniger selbstverständlich gewesen, als es im Rückblick erscheinen könnte. Voraussetzung seien stets Politisierungsprozesse, die bei jeder Wahl von neuem zu leisten seien. Daher sei es sinnvoller, von wahlspezifischen Schwankungen in der politischen Prägekraft der Sozialstruktur als von säkularen Trends auszugehen.¹⁷ Im Ergebnis widerlegte die Diskussion die pauschale Niedergangsthese und führte zu wichtigen theoretischen und methodischen Fortschritten.

Eine verwandte Diskussion knüpfte an das sozialpsychologische Modell an. Dieses führt in seiner einfachsten Form die Wahlentscheidung auf das Zusammenspiel einer langfristig stabilen Parteibindung einerseits und kurzfristig variablen Einstellungen zu Kandidaten und politischen Themen andererseits zurück. Mitte der 1980er Jahre wies unter anderen Dalton darauf hin, dass in der Bundesrepublik wie in anderen Industriegesellschaften die Zahl der Parteianhänger schrumpfte und langfristige Parteibindungen schwächer wurden.¹⁸ Ein Abschmelzen langfristiger Parteibindungen, kurz: Dealignment, lässt den Anteil der Stimmberechtigten anwachsen, die nicht auf eine Partei festgelegt sind und situationsabhängig entscheiden, ob und wen sie wählen. In der Folge wird das Wahlverhalten weniger kalkulierbar.

Scheint der Rückgang der Parteibindungen unstrittig, wenngleich dessen Ausmaß gelegentlich übertrieben wird, so entzweien die Ursachen dieses Phänomens die Wahlforscher. Eine einflussreiche Interpretation betrachtet das Dealignment als eine Folge der kognitiven Mobilisierung der Bevölkerung seit der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts. Dementsprechend seien die neuen parteipolitisch

¹⁴ Vgl. Rainer Schnell/Ulrich Kohler, Empirische Untersuchung einer Individualisierungsthese am Beispiel der Parteipräferenz von 1953-1992, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 47 (1995) 4, S. 634-657.

¹⁵ Vgl. Wolfgang Jagodzinski/Markus Quandt, Wahlverhalten und Religion im Lichte der Individualisierungsthese. Anmerkungen zu dem Beitrag von Schnell und Kohler, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 49 (1997) 4, S. 761-782.

¹⁶ Vgl. Walter Müller, Klassenstruktur und Parteiensystem. Zum Wandel der Klassenspaltung im Wahlverhalten, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 50 (1998) 1, S. 3-46.

¹⁷ Vgl. Martin Elff, Politische Ideologien, soziale Konflikte und Wahlverhalten. Die Bedeutung politischer Angebote der Parteien für den Zusammenhang zwischen sozialen Merkmalen und Parteipräferenzen in zehn westeuropäischen Demokratien, Baden-Baden 2006.

¹⁸ Vgl. etwa Russell J. Dalton/Robert Rohrschneider, Wählerwandel und die Abschwächung der Parteieigungen von 1972 bis 1987, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987, Opladen 1990, S. 297-324.

ungebundenen Bürger politisch hochgradig interessiert und informiert. Der Dealignmentprozess führe daher zu einem „rationaleren“, stärker an politischen Sachfragen orientierten Wahlverhalten.¹⁹ Diese optimistische Lesart des Dealignment ist allerdings mit der empirischen Evidenz nicht vereinbar.²⁰ Der Dealignmentprozess scheint nichts daran geändert zu haben, dass Personen ohne Parteibindung eher unterdurchschnittlich politisch involviert sind. Daher ist auch nicht zwingend davon auszugehen, dass als „rational“ interpretierbare Faktoren an Bedeutung für das Wahlverhalten gewinnen.

In diesem Sinne lässt sich die – vor allem seit der Wahl 1998 – gewachsene Aufmerksamkeit für die Kandidatenorientierung als zweiten Kurzfristfaktor im sozialpsychologischen Modell verstehen. In der Diskussion über eine „Personalisierung“ des Wahlverhaltens konnte ein genereller Trend zu stärkeren Kandidateneffekten nicht nachgewiesen werden; eher scheint der Kandidateneinfluss wahlspezifisch zu variieren.²¹ Zugleich stellte sich heraus, dass neben rollennahen Kandidatenattributen, wie etwa der Sachkompetenz oder Führungsfähigkeit, auch rollenferne Merkmale, angefangen vom Privatleben bis hin zur physischen Attraktivität der Kandidaten, die Wahlentscheidung beeinflussen, ohne dass Wahlen freilich zu reinen „Schönheitswettbewerben“ degeneriert wären.²²

Unabhängig davon, welcher Lesart des Dealignments man zuneigt, ließ dieser Prozess das Potential für wechselndes Wahlverhalten und Unsicherheiten im Entscheidungsprozess vor einer Wahl wachsen.²³ Daher erscheint es nur folgerichtig, dass die Forschung zu Wirkungen von Wahlkampfkommunikation in jüngerer Zeit einen Aufschwung erlebt hat. So wurde mit innovativen Methoden gezeigt, welche Wirkungen die Fernsehdebatten der Kanzlerkandidaten, die seit 2002 vor Bundestagswahlen ausgestrahlt werden, auf politische Einstellungen und Wahlverhalten

¹⁹ Vgl. Russell J. Dalton, Cognitive Mobilization and Partisan Dealignment in Advanced Industrial Democracies, in: *Journal of Politics*, 46 (1984) 1, S. 264-284.

²⁰ Vgl. Jeremy J. Albright, Does Political Knowledge Erode Party Attachments? A Review of the Cognitive Mobilization Hypothesis, in: *Electoral Studies* 28 (2009) 2, S. 248-260.

²¹ Vgl. Dieter Ohr, Wird das Wahlverhalten zunehmend personalisierter, oder: Ist jede Wahl anders? Kandidatenorientierungen und Wahlentscheidung in Deutschland von 1961 bis 1998, in: Markus Klein/Wolfgang Jagodzinski/Ekkehard Mochmann/Dieter Ohr (Hrsg.), 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland, Wiesbaden 2000, S. 272-308; Frank Brettschneider, Spitzenkandidaten und Wahlerfolg. Personalisierung – Kompetenz – Parteien. Ein internationaler Vergleich, Wiesbaden 2002.

²² Vgl. etwa Markus Klein/Ulrich Rosar, Physische Attraktivität und Wahlerfolg. Eine empirische Analyse am Beispiel der Wahlkreis-kandidaten bei der Bundestagswahl 2002, in: *Politische Vierteljahresschrift* 46 (2005) 2, S. 263-287.

²³ Vgl. Carsten Zelle, Der Wechselwähler. Politische und soziale Erklärungsansätze des Wählerwandels in Deutschland und den USA, Opladen 1995; Harald Schoen, Wählerwandel und Wechselwahl. Eine vergleichende Untersuchung, Wiesbaden 2003; Bernhard Weßels, Re-Mobilisierung, „Floating“ oder Abwanderung? Wechselwähler 2002 und 2005 im Vergleich, in: Frank Brettschneider/Oskar Niedermayer/Bernhard Weßels (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse. Wiesbaden 2007, S. 395-419.

entfalten.²⁴ Eine andere methodische Innovation, das so genannte Rolling-Cross-Section (RCS)-Design erlaubte es, Verschiebungen in der öffentlichen Meinung und den Stimmenanteilen vor Bundestagswahlen Tag für Tag nachzuzeichnen und mit Kampagnengeschehen zu verknüpfen.²⁵

Die Wiedervereinigung verlieh der Diskussion über grundlegende Veränderungen im Wahlverhalten eine zusätzliche Dimension, indem sie die Frage nach der „inneren Einheit“ Deutschlands aufwarf. Ostdeutsche Bürger waren seit dem Fall der Mauer weniger parteigebunden, entschieden sich kurzfristiger und wechselten häufiger zwischen verschiedenen Parteien als die westdeutschen.²⁶ Die Dealignmentprozesse in den alten Bundesländern könnten daher dazu beitragen, dass sich die westdeutschen Bürger – anders als auf manch anderen Gebieten – im Wahlverhalten den ostdeutschen angleichen.

Zusammengenommen führten die Diskussionen über grundlegende Veränderungen des Wahlverhaltens zu gemischten Ergebnissen. In einigen Hinsichten hat sich das Stimmverhalten tatsächlich geändert, doch scheinen einige Diagnosen eines grundsätzlichen Wandels weniger eine veränderte Realität als vielmehr einen veränderten Blick auf die Realität widerzuspiegeln.

4. Zwischen Spezialisierung, Offenheit und Integration: Die *community* der Wahlforscher

Aus der kleinen Gruppe von Wissenschaftlern, die Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre die Weichen für moderne sozialwissenschaftliche Wahlforschung in Deutschland stellten, ist im Laufe der Jahrzehnte eine ansehnliche Gemeinschaft von Wahlforschern geworden. Sie ist regional dezentralisiert, arbeitsteilig organisiert und theoretisch diversifiziert; man könnte von einem „invisible college“ sprechen.²⁷

²⁴ Vgl. Thorsten Faas/Jürgen Maier, Mobilisierung, Verstärkung, Konversion? Ergebnisse eines Experiments zur Wahrnehmung der Fernsehduelle im Vorfeld der Bundestagswahl 2002, in: Politische Vierteljahresschrift, 45 (2004) 1, S. 55-72; Marcus Maurer/Carsten Reinemann, Schröder gegen Stoiber. Nutzung, Wahrnehmung und Wirkung der TV-Duelle, Wiesbaden 2003; Markus Klein/Ulrich Rosar, Wirkungen des TV-Duells im Vorfeld der Bundestagswahl 2005 auf die Wahlentscheidung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 59 (2007) 1, S. 81-104; Marcus Maurer/Carsten Reinemann/Jürgen Maier/Michaela Maier, Schröder gegen Merkel: Wahrnehmung und Wirkung des TV-Duells 2005 im Ost-West-Vergleich, Wiesbaden 2007.

²⁵ Vgl. Rüdiger Schmitt-Beck/Thorsten Faas/Christian Holst, Der Rolling Cross-Section Survey – ein Instrument zur Analyse dynamischer Prozesse der Einstellungsentwicklung. Bericht zur ersten deutschen RCS-Studie anlässlich der Bundestagswahl 2005, in: ZUMA-Nachrichten, 58 (2006), S. 13-49.

²⁶ Vgl. Hans Rattinger/Oscar W. Gabriel/Jürgen W. Falter (Hrsg.), Der gesamtdeutsche Wähler, Baden-Baden 2007.

²⁷ Vgl. Max Kaase, 2000: Entwicklung und Stand der Empirischen Wahlforschung in Deutschland, in: Markus Klein/Wolfgang Jagodzinski/Ekkehard Mochmann/Dieter Ohr (Hrsg.), 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland, Wiesbaden 2000, S. 17-40. Die Kölner Wahlstudie 1961 prägte die Entwicklung ganz wesentlich, unter anderem dadurch, dass einige Mitglieder des damaligen

Wissenschaftliche Arbeitsteilung verspricht erhebliche Spezialisierungsgewinne, da sie es Forschern ermöglicht, sich intensiv mit Detailfragen auseinanderzusetzen. An den erheblichen theoretischen und methodischen Fortschritten, nicht zuletzt auch an den regelmäßigen Veröffentlichungen in angesehenen internationalen Publikationen lässt sich ablesen, dass dies der Wahlforschung in Deutschland gut gelungen zu sein scheint.

Dezentralisierung und Spezialisierung haben jedoch auch Schattenseiten. Sie erschweren die Kommunikation in der Teildisziplin. Forscher unterschiedlicher theoretischer Ausrichtung nehmen ihre Ergebnisse wechselseitig nicht unbedingt zur Kenntnis, was kumulativer Forschung abträglich ist. Zugleich wird es schwieriger, die Vielzahl von Einzelbefunden aufeinander zu beziehen und daraus ein Gesamtbild des Wahlprozesses zu entwickeln. Die hochgradige Spezialisierung begünstigt auch die Zugänglichkeit von Ergebnissen für Forscher anderer politikwissenschaftlicher Teildisziplinen nicht, geschweige denn für die interessierte Öffentlichkeit. Schließlich erschweren divergierende Forschungsinteressen integrierte Forschungsprojekte. Da die Ressourcen für die Datenerhebung begrenzt sind, kann dies dazu führen, dass dabei auch fruchtbare Forschungsrichtungen unberücksichtigt bleiben oder wechselnde Schwerpunkte bei der Datenerhebung langfristig angelegte Untersuchungen erschweren. Eine integrierte nationale Wahlstudie stellte daher seit langem ein Desiderat der deutschen Wahlforschung dar.²⁸ Es kann daher als erheblicher Fortschritt gelten, dass im Jahr 2007 die Deutsche Gesellschaft für Wahlforschung (DGfW) gegründet wurde, die rund fünfzig Wahlforscher vereint. Aus ihrer Mitte wurde ein integriertes Projekt zur Bundestagswahl 2009 (und darüber hinaus) konzipiert, das stärker als frühere Wahlstudien die Interessen und Argumente einer möglichst großen Zahl von Forschern berücksichtigt und die Offenheit für Innovationen institutionalisiert.²⁹

Die Wahlforschung ist ein zentrales Feld der Politikwissenschaft, doch tragen dazu nicht nur Politikwissenschaftler, sondern auch Forscher aus anderen Disziplinen bei. Beispielsweise wurde die Diskussion über die Erklärung von Wahlverhalten erheblich von Soziologen beeinflusst, wie immer wieder auch Erkenntnisse aus der (Sozial-) Psychologie wichtige Impulse geben konnten. Gerade die Wahlkampfforschung profitierte von Arbeiten aus der Kommunikationswissenschaft. Wichtige Fortschritte in methodischer Hinsicht brachten – häufig auf dem Umweg über andere sozialwissenschaftliche Disziplinen – Anregungen aus der Statistik und Ökonometrie. So setzten sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten statistische Verfahren durch, die für die Analyse der Bestimmungsgründe von Wahlverhalten besser geeignet sind als etliche traditionelle Instrumente. Viele dieser Impulse von den disziplinären Rändern, die die Wahlforschung in gewisser Weise als Hybrid erscheinen lassen, erwiesen sich als ausgesprochen fruchtbar. Insofern ist zu wünschen, dass die Wahlforschung

Forscherteams über Jahrzehnte hinweg an führender Rolle an der Forschung beteiligten waren und als akademische Lehrer etliche jüngere Forscher beeinflussten.

²⁸ Vgl. Kaase, 2000, S. 32-33.

²⁹ Vgl. <http://www.dgfw.info/gles.php?show=desc&lang=de>

weiterhin ihre Offenheit für Anregungen aus Nachbardisziplinen wie aus benachbarten Feldern der Politikwissenschaft beibehält.

Deutsche Wahlforscher sind seit jeher – das zeigt bereits die Wahlstudie 1961 – sehr aufgeschlossen für Anregungen aus der internationalen Forschung. Sie rezipieren allerdings nicht nur internationale Entwicklungen, sondern tragen selbst Ideen zum internationalen Austausch bei. Beispielsweise ist die Europawahlforschung bis heute von einem Aufsatz aus der Feder von Karlheinz Reif und Hermann Schmitt geprägt.³⁰ Angesichts des regen Austauschs kann es nicht überraschen, dass die Wahlforschung in Deutschland praktisch keine kulturspezifischen, sonst nicht oder kaum gebräuchlichen Theorien oder Erklärungsansätze anwendet. Die einzige Ausnahme kann man im soziologisch orientierten Lebensstilansatz sehen, dessen Erklärungswert jedoch zweifelhaft erscheint.³¹ So betrachtet, fällt es schwer, in theoretischer und methodischer Hinsicht eine genuin deutsche Wahlforschung zu identifizieren. Vielmehr erscheint die in Deutschland betriebene Forschung als ein Zweig der weltweiten *scientific community*. Das ist zu begrüßen, da ohne internationalen Austausch eine Provinzialisierung der Wahlforschung drohen könnte.

Ihre gute Integration in die internationale *scientific community* lässt sich auch daran ablesen, dass Wahlforscher aus Deutschland wesentlich zu internationalen Projekten beitragen. In institutionalisierter Form geschieht dies über die Beteiligung an internationalen Projekten. Prominentestes Beispiel ist wohl die Comparative Study of Electoral Systems (CSES; <http://www.umich.edu/~cses/>). Dieses Projekt verfolgt das Ziel, möglichst gut vergleichbare Daten zum Wahlverhalten bei nationalen Wahlen in über zwanzig Ländern auf fünf Kontinenten zu erheben und zu analysieren. Ebenso sind deutsche Forscher an den European Election Studies (EES; <http://www.ees-homepage.net/>) beteiligt, in denen Wahlen zum Europäischen Parlament untersucht werden. Auch das European Voter Project (<http://www.gesis.org/dienstleistungen/daten/umfragedaten/wahlstudien/internationale-wahlstudien/the-european-voter/>) wird von Forschern aus Deutschland mit vorangetrieben. Derartige international komparativ angelegte Projekte erlauben es zu prüfen, ob in Deutschland beobachtete Muster landesspezifisch oder verallgemeinerbar sind. Zudem ermöglichen sie es zu untersuchen, inwieweit institutionelle, soziale und politische Kontextbedingungen das Wahlverhalten beeinflussen. Internationale Kooperationen erweitern also Analyse- und Erkenntnispotentiale der Wahlforschung und sollten daher fortgeführt und ausgeweitet werden.

³⁰ Siehe Karlheinz Reif/Hermann Schmitt, Nine Second-order National Elections: A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results, in: European Journal of Political Research 8 (1980) 1, S. 3-44.

³¹ Vgl. Gunnar Otte, Hat die Lebensstilforschung eine Zukunft? Eine Auseinandersetzung mit aktuellen Bilanzierungsversuchen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 57 (2005) 1, S. 1-31.

5. Herausforderungen und Perspektiven

Die Wahlforschung in Deutschland hat insgesamt eine überzeugende Bilanz vorzuweisen. Ihr ist es gelungen, auf hohem, international anerkanntem Niveau wichtige Beiträge zur Beschreibung und zur Erklärung von Wahlverhalten zu leisten. Innerhalb der Politikwissenschaft gilt sie zudem zu Recht als eine der theoretisch und methodisch am weitesten fortgeschrittenen Subdisziplinen. Gleichwohl sind auch auf diesem Gebiet noch nicht alle Probleme gelöst und Herausforderungen erkennbar.

Wahlforschung in Deutschland ist vorwiegend Bundestagswahlforschung. Europawahlen, Landtagswahlen und Kommunalwahlen, häufig unter dem Rubrum „Nebenwahlen“ zusammengefasst, spielen in der Forschung dagegen eine untergeordnete Rolle. Eine auf die nationale Ebene fokussierte Wahlforschung wird jedoch der Realität des Mehrebenensystems nicht gerecht. Bürger haben regelmäßig auf verschiedenen Ebenen – und nicht nur auf einer – die Möglichkeit, eine Wahl zu treffen. Es ist eine empirische Frage, inwieweit und unter welchen Bedingungen Bürger ebenenspezifisch entscheiden oder aber – wie in der Nebenwahlthese unterstellt – sich bei allen Wahlen vor allem auf die nationale Ebene beziehen. Möglicherweise sind sogar Rückwirkungen anderer politischer Arenen auf die nationale Wahlarena nachzuweisen. Ebenso ist zu fragen, inwieweit das Verhalten deutscher Wahlberechtigter im europäischen Mehrebenensystem systematisch von jenem in anderen Ländern abweicht. Vor dem Hintergrund dieses reichen analytischen Potentials ist es erfreulich, dass zumindest Europa- und Landtagswahlen in jüngerer Zeit größere Aufmerksamkeit gefunden haben.³² Gleichwohl scheinen weitere Anstrengungen erforderlich, um das Wahlverhalten in einem komplexen Mehrebenensystem angemessener zu erfassen.

Zudem blenden manche Wahlanalysen eine Reihe potentiell relevanter Faktoren aus. Häufig suchen sie Erklärungen für Wahlverhalten in den Wahlberechtigten – etwa in deren Einstellungen und sozialen Hintergrundmerkmalen – zum Zeitpunkt der Stimmabgabe. Mit dieser analytischen Verkürzung, die in einigen Fällen auch auf Mangel an geeigneten Daten zurückzuführen ist, bleiben sie hinter den Möglichkeiten zurück, die bereits im Klassiker „The American Voter“ aufgezeigt wurden. Dessen Autoren betrachteten zwar die Wahlentscheidung als unmittelbar von subjektiven Wahrnehmungen und Bewertungen zu einem Zeitpunkt bestimmt. In ihrem berühmten Bild vom Kausalitätstrichter wiesen sie jedoch darauf hin, dass diese direkt wirksamen Faktoren einer zeitlichen Dynamik unterliegen und eine Reihe von äußeren Faktoren die Meinungsbildung und das endgültige Votum beeinflussen.³³ Um dieser Vorstellung gerecht zu werden, ist die Wahlentscheidung als Ergebnis eines Prozesses zu betrachten, in dem Wahlberechtigte unter bestimmten gesellschaftlichen und institutionellen

³² Siehe z.B. Kerstin Völkl/Kai-Uwe Schnapp/Everhard Holtmann/Oscar W. Gabriel (Hrsg.), Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2008.

³³ Vgl. Angus Campbell/Philip E. Converse/Warren E. Miller/Donald E. Stokes, 1960, *The American Voter*, New York 1960, S. 24ff.

Bedingungen interpersonalen und massenmedialer (politischer) Kommunikation ausgesetzt sind und aus einem von Parteien vorstrukturierten „Menü“ auswählen.

Diese Überlegung hat Implikationen für das Untersuchungsdesign von Wahlstudien. Es sollten mehr Daten gesammelt werden, die es erlauben, die zeitliche Dynamik des Meinungsbildungsprozesses ebenso zu erfassen wie die Vielzahl unmittelbar oder mittelbar entscheidungsrelevanter Faktoren, also etwa Parteiensysteme, Parteiprogramme, Inhalte der Wahlkampfkommunikation oder kommunikative Netze. Zugleich sind vergleichsweise komplexe Analysedesigns erforderlich, um statistische Probleme zu vermeiden. Wirkungen von Faktoren, die bei einer Wahl konstant sind, kann man sogar nur dann untersuchen, wenn man mehrere Wahlen gleichzeitig betrachtet. Folglich ist ein weiteres Mal für international und intertemporal vergleichende Analysen zu plädieren.

Um die Prozesshaftigkeit der politischen Entscheidung unter dem (potentiellen) Einfluss diverser kommunikativer, institutioneller, kultureller und gesellschaftlicher Faktoren angemessen untersuchen zu können, bedarf es zudem geeigneter Theorien. Sie müssen dazu in der Lage sein, die politische Informationsverarbeitung von Menschen angemessen zu modellieren. Als hilfreich dürften sich dabei kognitionspsychologische Argumente – und damit wieder einmal Impulse vom disziplinären Rand der Wahlforschung – erweisen. Sie gehen davon aus, dass Menschen aktiv politische Information verarbeiten, zugleich aber über eine begrenzte Kapazität zur Informationsverarbeitung verfügen. Daher haben Menschen Strategien entwickelt, um mit ihren Möglichkeiten in einem komplexen Informationsumfeld für sie angemessene (politische) Entscheidungen zu treffen.³⁴ Diese Strategien können entsprechend den kognitiven, affektiven oder emotionalen Unterschieden zwischen den Bürgern höchst individuell ausfallen. Daher erscheint die lange wenigstens implizit vertretene Annahme fragwürdig, das Stimmverhalten aller Bürger lasse sich mit einem einheitlichen Modell erklären. Plausibler erscheint aus dieser Sicht die Vorstellung, das Elektorat sei heterogen und Wählergruppen könnten sich in ihren Entscheidungsstrategien deutlich unterscheiden. Somit resultiert ein neu akzentuiertes Bild von den Wahlberechtigten, die eingebettet in eine komplexe Umwelt mit individuellen Strategien in einem Prozess zu einer Wahlentscheidung gelangen.

Ansätze, in diesen Hinsichten den analytischen Horizont zu weiten, sind in der Wahlforschung seit einiger Zeit zu beobachten. Einen ambitionierten Versuch, diesen vielfältigen Anforderungen gerecht zu werden, unternimmt die Wahlstudie 2009 im Rahmen der German Longitudinal Election Study (GLES). Sie sucht die Prozesshaftigkeit der individuellen Wahlentscheidung unter dem Einfluss massenmedialer und interpersonalen Wahlkampfkommunikation zu untersuchen.³⁵ Dazu

³⁴ Vgl. Paul M. Sniderman/Richard A. Brody/Philip E. Tetlock, Reasoning and Choice. Explorations in Political Psychology, Cambridge 1991; John R. Zaller, The Nature and Origins of Mass Opinion, Cambridge 1992; Richard R. Lau/David P. Redlawsk, How Voters Decide. Information Processing During Election Campaigns, Cambridge 2006.

³⁵ Vgl. <http://www.dgfw.info/gles.php?show=desc&lang=de>.

werden neben Querschnittbefragung und Langfristpanel zur Analyse von Kampagnenwirkungen Daten mit dem RCS-Design sowie mit einem Wahlkampfpanel erhoben. Ergänzend werden die Fernsehdebatten der Kanzlerkandidaten und die Kampagnenführung von Bundestagskandidaten analysiert, wie auch die Medienberichterstattung mit Hilfe von Inhaltsanalysen erfasst wird. Auf dieser Datengrundlage sollte es vergleichsweise gut gelingen, politische Entscheidungsprozesse von Wahlberechtigten in einer komplexen Umwelt angemessen abzubilden.

Selbst ausgeklügelte Untersuchungen stehen allerdings vor erheblichen methodischen Herausforderungen. Die Wahlforschung ist zum großen Teil Umfrageforschung. Es scheint jedoch zunehmend schwieriger geworden zu sein, mit den bewährten Techniken der persönlich-mündlichen und der telefonischen Befragung echte Zufallsstichproben aus dem Elektorat zu befragen. Die relativ junge Onlinebefragung eröffnet der Wahlforschung zwar eine Reihe neuer Möglichkeiten; so hat sie dem Survey-Experiment zu einer neuen Blüte verholfen. Zur Lösung des Stichprobenproblems scheint sie jedoch nicht geeignet, da sie in dieser Hinsicht bislang mindestens ebensoviele Schwächen aufweist wie traditionelle Befragungsformen. Für die Wahlforschung ergibt sich daraus die fundamentale Frage, inwieweit sie auf der Basis von Umfragedaten überhaupt noch auf das Gesamtelektorat übertragbare Aussagen treffen kann. Es ist zu erwarten, dass die Suche nach Lösungen dieses Problems künftig einige Aufmerksamkeit in der Forschung finden wird.

Im Ergebnis eröffnet sich der Wahlforschung in Deutschland eine ganze Reihe von Chancen. Zugleich sieht sie sich vor ernsthafte Herausforderungen gestellt, die ihr Analysepotential erheblich einschränken könnten. Ob und wie sie die Möglichkeiten nutzen und die Probleme lösen wird, darüber lässt sich im Moment nur spekulieren. Gewiss scheint lediglich zu sein, dass die Wahlforschung nur dann auch künftig erfolgreich sein kann, wenn sie offen für Innovationen bleibt, weil dies eine Voraussetzung dafür ist, auf jetzt noch nicht vorhersehbare Veränderungen zu reagieren.